



Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Gaulo-Verträge“ erleiden ein solches Schicksal. Der monatliche Bezugspreis durch diesen beträgt 1.40 Reichsmark, durch den Post 2.10 Reichsmark, 40 Pfennige Zahlagabe. Die Abnahme der Anzeigen-Nachrichten ist zu jeder Zeit möglich. Die Anzeigen werden nach Einzel-Preisen berechnet, die Stelle 0.25 Reichsmark. Die Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Mittelddeutschen Zeitung“ erscheinen, erfahren Ermäßigung. Derzeitige, diese Preisliste 1.40 Reichsmark, 40 Pfennige Zahlagabe, 2.10 Reichsmark, 40 Pfennige Zahlagabe. Die Anzeigen werden nach Einzel-Preisen berechnet, die Stelle 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmeldungen und Radiotelegramme.

Reichspräsident von Hindenburg wird nach zuverlässigen Mitteilungen seinen bereits angekündigten Besuch bei der kaiserlichen Regierung gegen Mitte des Monats November absetzen.

Großadmiral v. Köpfer, der Lehmschiff- und Erzieher der deutschen Flotte, feierte in Kiel seine goldene Hochzeit.

Der ungarische Unterrichtsminister Graf von Klebelsberg traf gestern nachmittag gegen 5 Uhr zu einem offiziellen Besuch in Berlin ein. Zu seinem Empfang war auf dem Bahnhof Bahnhof der preussische Kultusminister Dr. Weder erschienen. Der Jemad des Berliner Aufenfalls ist die Schaffung eines Instituts, in dem die in Berlin studierenden ungarischen Staatsstudenten in allen wichtigen Fächern durch deutsche Gelehrte und Professoren ausgebildet werden sollen.

Das Reichsgericht beurteilte den Stiefmutter Kurt Schimmarer aus Potsdam, den früheren Militärarzt Alfred Weiß und die beiden Militärärzte Wilhelm Damastoff und Joseph Wenzel aus Berlin wegen Landesverrats zu fünf Jahren Zuchthaus, 10, 6, 4 und zwei Jahren Zuchthaus.

Der Landesverband Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei hat bei seiner Verabschiedung die schlesische Einberufung eines Reichspartei-vertreterkongresses beantragt, der voraussichtlich schon in den nächsten Tagen stattfinden und zu dem Ergebnis von Locarno Stellung nehmen wird.

Am 23. und 24. Oktober tritt der Vorstand des Preussischen Landtages in Magdeburg zusammen, um über Fragen der Volkswirtschaft und allgemeinen Verwaltungsgeschäften, der Landwirtschaft, der Auswanderung sowie über die Durchführung der Sparmaßnahmen und Anteilhaberschaft zu verhandeln.

Die Vollendung des Münchener Stadtrats genehmigte mit allen gegen sieben Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten zur Zeppelin-Gedenke-Spende 10 000 Mark.

In Wien fand unter dem Vorsitz des Generals von Dörfel eine Versammlung der österreichischen Nationalisten statt, die sich gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland aussprach.

Am gestrigen Tage sind in Berlin im Verlauf der mit rund 150 Beamten durchgeführten Kontrolle der Lebensmittelverhältnisse weitere drei Geschäfte auf polizeiliche Anordnung hin geschlossen worden.

Die Verhandlungen der polnischen Regierung mit der Rothschild-Gruppe wegen Gewährung einer 100 Millionen Darlehenslinie für die Wapungung des polnischen Spiritusmonopols haben zu dem erwarteten Abschluss nicht geführt.

Aus Neuport wird gemeldet, daß der Vertreter der Belgischen Nationalbank, Boutin, mit verjeindeten Ländern Kredit zur Stabilisierung des belgischen Frankens vereinbart hat. Die Anleihe wird auf 100 bis 150 Millionen Dollar geschätzt.

Nach Meldungen aus Rom wird mit dem 1. Januar 1926 das amerikanische Bankhaus Morgan eine Filiale in Mailand errichten.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Brüssel, daß der belgische Minister in seiner gestrigen Rede auf politische Anordnungen hin geschlossen worden.

In Warschau wird gemeldet: Die Kommunistenvereinigungen in Warschau haben wegen kommunistischer Umtriebe schlossenommen.

Das Pariser „Coeur“ meldet, daß die vier Nationalisten in Locarno den Sonderberichterstatter des Staates, Barde, tadellos angegriffen haben, von der kaiserlichen Bundesregierung ausgewiesen worden sind.

Der Pariser Berichterstatter der „Reinhold-Verlag“ hat aus sehr guter Quelle, daß ein offizieller Besuch des Präsidenten der Republik Comore zum März in London zur Kenntnisnahme der Befähigung der englisch-französischen Grenzschutz erlangen werde.

Ewiger Frieden?

Griechisch-bulgarischer Zwischenfall.

Nach amtlichen Meldungen aus Athen griffen gestern Bulgaren überaus die griechischen Truppen bei Welos an und töteten einen Wachenposten. — Ein griechischer Hauptmann, der sich den bulgarischen Truppen mit einer weißen Fahne näherte, wurde gleichfalls von den Bulgaren getötet. — Die Kämpfe nahmen darauf in diesem Abschnitt allgemeine Form an und dauerten bis zum Mittags. — Die Bulgaren besetzten einige Höhen.

Die Kämpfe in Syrien.

General Garnai ist wieder in Damaskus eingetroffen. Die Druzen, die vorgehen in die südlichen Viertel der Stadt eingedrungen sind, haben in den Quartieren der Mohammedaner Verwüstungen angerichtet. Die französischen Truppen sind aber völlig frei der Lage. Die von den Aufständischen besetzten Viertel wurden unter Artilleriefeuer genommen. Entgegen der Haas-Meldung, die berichtet, daß die Druzen nur ein Versteck in der Gegend von Damaskus besetzt hätten, wird aus London gemeldet, daß Damaskus durch Verrat der einheimischen Bevölkerung gefallen sei und die Garnison sich ergeben habe. Der Verrat von Damaskus nach Beirut ist gesichert, dagegen liegt die letzte französische Meldung, der Verrat in Damaskus sei zusammengebrochen.

Vom Marokkkrieg.

Haas meldet aus Marokko: Nach Abschluss der Sicherungsoperationen haben die französischen Truppen ihre Winterquartiere bezogen. Die in diesem Jahre vertriebene einjährige Gegendwehr hat alle Offensivaktionen, die sich unter den besten Bedingungen entwickelten, unterbrochen. Man erwartet, daß die Abwehr der Krim verjagt wird, unter Benutzung des höchsten Wetters gegen die französischen Stellungen vorzugehen. In einer Verankerung in Targuist erklärte Abd el Krim, ein Abkommen mit Frankreich und Spanien könne nur zum Nachteil der Rifbewohner abgeschlossen werden. Infolgedessen sei es besser, den Kampf fortzusetzen. Spanische Blättermeldungen zufolge sollen die französischen Abteilungen

unter Befehl des Generals Boichut auf ihrem Rückzuge bei Sebti Ain Umar von starken Abteilungen der Gensarmen und der Maroffia angegriffen worden sein.

Vor neuen Kämpfen in China.

Haas berichtet aus Peking: Die provisorische Regierung hat in einem Aufruf den Gouverneur von Tschinghai gebeten, seine Truppen an ihre Ausgangsstellungen zurückzuführen und ihn aufgefordert, nicht in einen Konflikt mit den Truppen von Mutschi zu geraten, die auf dem Rückzuge begriffen sind. Eine Konferenz der Vorkriegsführer hat in Hankau stattgefunden. General Wu-Pei-Fu ist an die Spitze berufen worden.

Zwischen den Streitkräften Tschinghai und den Tschinghai-Truppen kam es bei Tschinghai, 150 Meilen westlich von Schanghai, zu leichten Kämpfen. Eine Abteilung Tschinghai wurde entlassen.

Über London wird aus Tokio gemeldet: Das erste japanische Gesandener erhielt Befehl, in die chinesischen Gewässer auszulassen.

Der „London Morningpost“ wurden in Schanghai und Kanton mehrere Europäer vom Vöbel erlöset.

Abrüstungskonferenz?

Die „London Morningpost“ meldet aus Washington: Im Weißen Hause erklärt man, daß die Abrüstung in Europa Sache der europäischen Mächte und nicht die Amerikas sei. Bei der Unklarheit der Lage in Ostasien könne der Präsident zurzeit an keine Abrüstungskonferenz denken.

Ein neues Aushebungsgesetz in Amerika.

Die „Morningpost“ berichtet ferner aus Washington: Dem Kongress wurde in der letzten Session ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Abrüstung in Europa durch die Bevölkerung des Landes mobilisiert würde. Nach dem Entwurf sollen alle Männer zwischen 18 und 48 Jahren ausgedient werden, sich in entsprechende Väter einzuführen. Von diesen werden alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren zur Wehrdienst herangezogen. Männer, die nicht bewilligt, Männer, die aus Gewissensbetrüben oder infolge körperlicher Mängel zum Kampfe nicht geeignet sind, würden in Industrie und Landwirtschaft verwendet werden.

Das Rheinland und der Locarnopakt.

Auf Einladung der Reichsregierung fanden sich Dienstag nachmittag in der Reichskanzlei Vertreter der besetzten Gebiete ein. Außer Reichstags- und Landtagsabgeordneten waren Vertreter der Staats- und Kommunalverwaltungen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften erschienen. Der Reichsminister und der Reichsminister des Auswärtigen nahmen eine Erklärung der Reichsregierung entgegen von Locarno unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkung auf die Rheinlande. Hieran schloß sich ein längerer eingehender Gedankenaustausch über die Sorgen und Forderungen der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Von den Vertretern des besetzten Gebietes wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß das Rheinland keinerlei Vorteile auf Kosten allgemeiner deutscher Interessen anstrebe. Das Rheinland erhebe jedoch mit Nachdruck die Forderung, daß alsbald Maßnahmen der Befähigungsmächte in allen Zonen in Erscheinung treten, welche die in Locarno förmlich abgegebenen Erklärungen der Außenminister von Frankreich, England und Belgien in die Tat umsetzen.

Zu der Aussprache verlaute von prominenter rheinischer Seite: Die eingehenden Darlegungen der Bevölkerung und des Reichsministeriums verbleiben offensichtlich nicht ihren Eindruck auf die Teilnehmer. Zu der großen politischen Frage, ob das Abkommen annehmbar oder nicht annehmbar ist, wurde nicht Stellung genommen. Dagegen hatten die rheinischen Vertreter ausgiebig Gelegenheit, ihre Wünsche und Forderungen auszusprechen. Dabei kam die lebhafteste Enttäufung allerorts zum Ausdruck, daß es nicht gelungen sei, in Locarno bindende Abmachungen über Erleichterungen für die besetzte Gebiete festzulegen mit Ausnahme der Bestimmung, daß in Zukunft die Handelsbeziehungen zum Rheinland abzukommen unter der Schiedsgerichtsbarkeit des Vates stehen soll. Die Annahme des Vates wird nach rheinischer Auffassung davon abhängen müssen, ob die von den fremden Staatsmännern in Aussicht gestellte einflussreiche Ausweitung des Rheinlands in den nächsten Wochen eintritt oder nicht.

Die Kabinettsberatung über das Locarno-Abkommen am Dienstag wird verlegt. Für Mittwoch hat der deutsche Vorkämpfer in Paris, Herr v. Hoff, sich der Besetzung zum Besuch ergriffen.

Die Kabinettsberatung über das Locarno-Abkommen am Dienstag wird verlegt. Für Mittwoch hat der deutsche Vorkämpfer in Paris, Herr v. Hoff, sich der Besetzung zum Besuch ergriffen.

im Anblich hieran werden die deutsch-französischen Beziehungen über die Auswirkungen der Abmachungen von Locarno beginnen. Der russische Vorkämpfer in Berlin Kresinski ist vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann empfangen worden, mit dem er eine längere Aussprache über den Vertrag von Locarno hatte.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Der in Berlin weilende stellvertretende Vorkämpfer für Außenhandels der Sowjetunion, Frumkin, machte gestern in den Räumen der Reichsregierung russischen Handelsvertreter vor einigen Preisverhandlungen Ausführungen über die Auswirkungen des deutsch-russischen Handelsvertrages. Einleitend erklärte Dr. Frumkin, daß sich der russische Warenexport nach Deutschland in der Zeit von 1920 bis 1925 von 134 Millionen Goldrubel auf 305 Millionen Goldrubel gesteigert habe. Dieser Grund des neuen deutsch-russischen Kreditabkommens zu tätigenen Abschlüssen werden voraussichtlich in der Hauptsache auf die Textilindustrie, Metallurgische Industrie und die Industrie der Steine und Erden bezogen werden. Der 100-Millionen-Rubel-Kredit könne sich jedoch wegen seiner Kurzfristigkeit nicht auswirken, da nur Waren mit kurzer Lieferfrist bestellt werden können.

Über die Auswirkung des russischen Getreideexportes erklärte Frumkin, daß man hoffe, den Exporten doch noch voll durchzuführen, obgleich die russischen Handelsvertreter vor einigen Preisverhandlungen Ausführungen über die Auswirkungen des deutsch-russischen Handelsvertrages. Einleitend erklärte Dr. Frumkin, daß sich der russische Warenexport nach Deutschland in der Zeit von 1920 bis 1925 von 134 Millionen Goldrubel auf 305 Millionen Goldrubel gesteigert habe. Dieser Grund des neuen deutsch-russischen Kreditabkommens zu tätigenen Abschlüssen werden voraussichtlich in der Hauptsache auf die Textilindustrie, Metallurgische Industrie und die Industrie der Steine und Erden bezogen werden. Der 100-Millionen-Rubel-Kredit könne sich jedoch wegen seiner Kurzfristigkeit nicht auswirken, da nur Waren mit kurzer Lieferfrist bestellt werden können.

Über die Auswirkung des russischen Getreideexportes erklärte Frumkin, daß man hoffe, den Exporten doch noch voll durchzuführen, obgleich die russischen Handelsvertreter vor einigen Preisverhandlungen Ausführungen über die Auswirkungen des deutsch-russischen Handelsvertrages. Einleitend erklärte Dr. Frumkin, daß sich der russische Warenexport nach Deutschland in der Zeit von 1920 bis 1925 von 134 Millionen Goldrubel auf 305 Millionen Goldrubel gesteigert habe. Dieser Grund des neuen deutsch-russischen Kreditabkommens zu tätigenen Abschlüssen werden voraussichtlich in der Hauptsache auf die Textilindustrie, Metallurgische Industrie und die Industrie der Steine und Erden bezogen werden. Der 100-Millionen-Rubel-Kredit könne sich jedoch wegen seiner Kurzfristigkeit nicht auswirken, da nur Waren mit kurzer Lieferfrist bestellt werden können.

„Silberstreifen am Horizont“?

Die Verträge von Locarno sind so aufgesetzt, daß kaum der berufsmäßige Politiker sich ein einigermaßen klares Bild machen kann und der Durchschnittswähler und vollends die Durchschnittswählerin empfindet weiterblättern. Versuchen wir einige Punkte herauszufassen!

Kein Frieden in Europa.

Der Vorkämpfer will keineswegs den Frieden in Europa sichern. Denn nur Frankreich, Belgien und Deutschland verpflichten sich gegenseitig, Frieden zu halten (Art. 2). Sie haben sich England, Frankreich, Belgien, Italien und Polen keine Pflichten durchaus freit haben lassen, ihre gegenseitigen Meinungsverbindlichkeiten in bisher üblicher Weise, also durch Krieg auszurufen. Diese ausdrückliche Befreiung des Friedens auf Deutschland, Belgien und Frankreich ist ein selbsterhellendes Merkmal der Verträge, die die Verwirklichung der Entwertung in einer allgemeinen Verhängung in sich bergen. Die Diplomatensprache in schließlichen Normalverträgen übertragen heißt das: „Wir machen, was wir wollen und behalten uns alles vor.“

Italien, Frankreich, Belgien, England und alle übrigen außer uns verpflichten sich auch durchaus nicht, sich etwa gegenseitig einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Auch die Schiedsgerichtsbarkeit ist nicht allgemein, sondern nur Frankreich, Belgien, Tschechien und Polen. Von Frieden und Schiedsverfahren in Europa ist also gar keine Rede. Die Internationalisten und Kapitalisten jubeln zu früh.

Keine Freiheit und Gleichheit.

Diese Ausnahmestellung Deutschlands gegenüber seinen Nachbarn ist höchst bedenklich für uns. Denn damit ist ein ungleichmäßiges Gleichberechtigung Deutschlands von vornherein ausgeschlossen und die ganzen Abkommen erhalten dadurch einen ganz einseitig gegen Deutschland gerichteten Charakter.

Die andern Staaten können getrost solche Verträge mit Deutschland schließen, denn sie haben was sie wollen und behalten sich nach einmal und freiwillig alles vor, was sie uns in Versailles erprecht haben. Nicht eine der Verfaller fesseln wird gelodert. Das können sie eigentlich mehr verlangen? Sie behalten alles und verzichten auf nichts.

Dennrecht steht in all den Verträgen kein Wort davon, daß etwa auch gegen sie ein gleichberechtigtes Unternehmen werden solle, wenn sie überhaupt den Verfaller Vertrag nicht einfallen. So z. B., wenn die Franzosen nur nicht bis zum Jahre 1935 aus dem Rheinland herausgehen oder sich der Saargebietesabstimmung widersetzen oder wenn Polen Danzig bestet.

Keine künftigen Grenzverträge.

In den Schiedsgerichtsverträgen — in sämtlichen — ist außerdem eine ganz raffinierte Klausel: „Diese Bestimmung (gegenseitige Unterwerfung unter das Schiedsverfahren) findet keine Anwendung auf Streitfragen, die aus Tatsachen entspringen, die sich nicht vor diesem Abkommen liegen und der Vergangenheit angehören“ (Art. 1 Abs. 2). Wer also geschloß hat, für uns in Schiedsverfahren irgendeine Verbesserung der Verfaller Grenzen durchsetzen zu können, der hat sich geirrt; denn das sind Fragen, die der Vergangenheit angehören!

Die Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei enthalten allerdings eine Sonderbestimmung, die scheinbar wenigstens an einer Stelle einmal eine Waage offenläßt, durch die wir im Osten aus dem Reich heraus zu einer friedlichen Grenzverbesserung kommen könnten: Der gegenwärtige Vertrag „... soll nicht so aufgesetzt werden, als ob er die Aufgabe des Väterbundes befrägte, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen“ (Art. 21). Danach wäre immerhin eine, wenn auch entbehrliche, höchst zweifelhafte Möglichkeit, daß der Väterbundesvertrag gegenüber Polen oder Tschechoslowakei für „geeignet“ hielt.

Aber das schließt sich als Regel die Bestimmung in der Einleitung der Schiedsverträge mit diesen beiden Staaten vor, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können.“ So ungnädig ist aber kein Staat, daß er eine ihm ungnädigen Veränderung seiner Rechte zustimmen würde.

Also die Hoffnung auf friedliche Grenzverbesserung ist für den Osten genauso losgeraten, wie für den Westen. Ergebnis: Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei und Polen beschaffen, was sie aus den Millionen 14 Punkten zum Trost in Versailles gerandt haben, die Reparationen laufen weiter, und das bekommen sie von uns ausdrücklich gegen den Willen der Reparationskommission zu allen Inanspruchnahmen, die nicht gerade Krieg sind, um die Reparationsleistungen zu erzwingen.



